

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatl. Einzelne Nr. 30 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-  
teile 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 6 M.,  
unter Eingehalt 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landbestallrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 268

Freitag, 18. November

1921

## Der amerikanische Geschäftsträger beim Deutschen Reiche.

Präsident Harding hat den Kommissar  
W. D. P. zum Geschäftsträger der Vereinigten  
Staaten von Amerika beim Deutschen Reiche  
ernannt.

## Die Beratungen des Reichs- kabinetts über das Reparations- problem.

Das Reichskabinetts hat sich in seiner vor-  
gehenden Sitzung unter dem Vorsitz des Reichs-  
präsidenten mit dem ganzen Komplex des Repara-  
tionsproblems eingehend befaßt. Es muß dabei  
von der Voraussetzung ausgegangen werden, daß  
die Bedingungen, unter denen die Industrie die  
Verhandlungen über die Kreditation fortsetzen wollte,  
von der Regierung als nicht annehmbar angesehen  
werden, und daß es jetzt Sorge der Regierung  
ist, wie sie auf anderem — finanziell — Wege  
den Wohlstand beschaffen kann, deren sie für  
die nächsten Zahlungsstermine bedarf. Die Er-  
örterung des Reparationsproblems ist aber nicht  
lediglich von diesem Gesichtspunkte aus erfolgt.  
Über die Beratungen des Kabinetts wird strengste  
Verschwiegenheit gewahrt. Die Regierung scheint  
widerwärtig mit ihren Plänen noch nicht an die  
Öffentlichkeit treten zu wollen. Das ist begreiflich,  
solange die Beratungen und die Verhandlungen  
mit der Reparationskommission der Alliierten noch  
im Anfangsstadium sich befinden und jede vor-  
zeitige Erörterung in der Öffentlichkeit dem  
Reichsinteresse nur abträglich sein kann.

## Zur Neubildung der preussischen Regierung.

Der preussische Zentrumsvizepräsident  
L. hat einer Korrespondenzmeldung zufolge den Ruf  
als preussischer Wohlfahrtsminister angenommen.

## Die Teuerung.

Am vergangenen Dienstag fand beim Reichs-  
präsidenten unter dessen Vorsitz in Anwesenheit  
des Reichsarbeitsministers und des Vertreters des  
Reichsfinanziers eine Besprechung mit den Ver-  
tretern der sieben Spitzenorganisationen der Kriegs-  
beschäftigten und Kriegshinterbliebenen statt, bei  
der die Vertreter der Organisationen die durch  
die Teuerung hervorgerufene wirtschaftliche Rol-  
lage der Kriegskopfer schilderten und Maßnahmen  
zu deren Abhilfe besprachen. Im Vordergrund  
der Verhandlungen standen die Gewährung einer  
Winterbeihilfe, die Erhöhung der Teuerungszu-  
lagen und die grundsätzliche Stellungnahme zur  
Forderung der Organisationen auf sofortige Re-  
form des Reichsversorgungsgesetzes. Der Reichs-  
präsident und der Reichsarbeitsminister sagten  
sogarige Beratung der notwendigen Maßnahmen  
zu. Bereits am 21. und 22. November sollen  
weitere Verhandlungen unter persönlicher Leitung  
des Reichsarbeitsministers mit den Spitzenorgani-  
sationen der Kriegskopfer im Reichsarbeitsministe-  
rium stattfinden.

Am 17. November. Am Dienstag  
waren die Spitzenorganisationen der Gewer-  
schaften auf Einladung des Reichspräsidenten im  
Sozialministerium zu einer Aussprache über die  
zunehmende Teuerung auf allen Gebieten zu-  
sammengelommen. Graf Dönhofs erklärte sich  
gegen die uralten Tarifserhöhungen und lehnte  
die Umwandlung der Vertriebsverwaltung in eine  
reine Privatgesellschaft ab. In der weiteren Aus-  
sprache forderten die Gewerkschaftsvertreter eine  
Reform zum Betriebsstrategiegesetz, welche die Er-  
fassung von übermäßigen Gewinnen ermöglichen  
soll. In seinem Schlusswort erklärte der  
Reichspräsident, im Ministerium sei ein Entwurf  
durchdacht worden, der Maßnahmen gegen die  
Schlemerei vorsehe.

## Der Zentrumsparteitag.

Der nächste Zentrumsparteitag soll am 16. Ja-  
nuar in Berlin stattfinden.

## Der Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1921.

Dem Reichsrat ist nunmehr der Ende Oktober  
dieses Jahres aufgestellte Reichshaushaltplan  
einschließlich der Nachträge zugegangen. Danach  
sind die Reichsausgaben für 1921 ausschließlich  
der Bruttoausgaben der Betriebsverwaltungen,  
aber einschließlich ihrer Zehlbeträge, im außer-  
ordentlichen Haushalt mit 114 291 Mill. M., im  
ordentlichen Haushalt mit 67 472 Mill. M. ver-  
anschlagt worden, jedoch ist der Gesamtaus-  
gabenbedarf für 1921 auf 181 763 Mill. M. be-  
ziffert. Dem Rechen an Einnahmen gegenüber im  
ordentlichen Haushalt 61 228 Mill. M., im außer-  
ordentlichen Haushalt 10 500 Mill. M., insgesamt  
also 71 728 Mill. M. Es bleibt also die Summe  
von 110 035 Mill. M. ungedeckt und muß durch  
Anleihe beschafft werden. Dieser Anleihe-  
bedarf (zugleich Zehlbetrag) setzt sich zusammen  
aus einem Zehlbetrag des ordentlichen Haus-  
halts von 53 063 Mill. M., aus Zehlbeträgen  
in den ordentlichen Haushalten der Betriebs-  
verwaltungen von insgesamt 11 667 Mill. M.,  
ungedeckte Anleiheausgaben der Betriebs-  
verwaltungen in Höhe von 26 221 Mill. M.,  
und ungedeckte Anleiheausgaben der all-  
gemeinen Reichsverwaltung mit 19 075 Mill. M.

Hieraus sind bisher für 63 780 Mill. M. Kredit-  
ermäßigungen erteilt worden, jedoch noch ein  
Kredit von 46 255 Mill. M. zu bewilligen bleibt.  
Betrachtet man den Haushalt unter dem Ge-  
sichtspunkte der Verteilung: Allgemeine Reichs-  
verwaltung — Betriebsverwaltungen — Kon-  
tributionshaushalt, so ergibt sich folgendes Bild:  
Für die allgemeine Reichsverwaltung ergibt sich  
beim ordentlichen Haushalt ein Uberschuß von  
2058 Mill. M., beim außerordentlichen Haushalt  
bleiben 7911 Mill. M. ungedeckt, jedoch ist für  
die allgemeine Reichsverwaltung im ganzen ein  
ungedeckter Ausgabenbedarf in Höhe von  
5853 Mill. M. ergibt. Für die Betriebs-  
verwaltungen ergibt sich ein ungedeckter Aus-  
gabenbedarf von 37 897 Mill. M., wovon 3071  
Mill. M. Zehlbeträge bei der Reichspost- und  
Telegraphenverwaltung, 8605 Mill. M. Zehlb-  
beträge bei der Reichseisenbahnverwaltung, 1425  
Mill. M. ungedeckte Anleiheausgaben bei der Reichs-  
post- und Telegraphenverwaltung, 24 756 Mill. M.  
bei der Reichseisenbahnverwaltung darstellen. Der  
ungedeckte Ausgabenbedarf im Kontributionshaus-  
halt beziffert sich auf 66 285 Mill. M.

## Die Gewerkschaften und die Kredithilfe der Industrie.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Ge-  
werkschaftsbundes und des Ma-Bundes haben dem  
Protest gegen die Bedingungen, die vom Reichs-  
verband der Industrie in der Frage der Kredit-  
hilfe gestellt wurden, nunmehr eigene Forderungen  
an die Reichsregierung folgen lassen. Dieses Pro-  
gramm lautet:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten.  
Die Aktiengesellschaften haben 25 v. H. ihres Aktien-  
kapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren  
gewerblichen Unternehmungen und die Handwirts-  
schaft sind durch eine Steuer, deren Erträge der  
Veränderung des Geldwertes angepasst sind, in  
gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Rohstoffes.  
Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Betriebsunternehmungen  
mit dem Ziele, sie in kürzester Frist wirtschaftlich  
zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch  
Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebens-  
notwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen  
Erfassung der Salutarerträge.
7. Reichsteuermäßigungen des Reichsnotopfers.  
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern,  
insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuer-  
pflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag  
ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanz-  
ämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu  
einer Grenze von 25 Proz. hinter ihrer Einkom-  
mensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der de-  
finitiven Veranlagungentscheidung des Finanzamtes  
den Rest mit 5 Proz. Zinsen abzuliefern. Ist die  
Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurück-  
geblieben, so haben sie für diese Summe eine  
Veranlagung von 30 Proz. zu zahlen. Die Umsatz-  
steuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen  
Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen-  
und Effekengeschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Mono-  
pole.

In der Begründung dieser Vorschläge heißt  
es unter anderem: „Unbeschadet ihrer grund-  
sätzlichen Auffassung, daß die zu lösende Aufgabe  
nicht lediglich ein Steuer-, sondern vor allem  
ein Wirtschafts- und Produktionsproblem ist,  
halten die Gewerkschaften angehängt der fort-  
schreitenden Geldentwertung eine grundsätzliche  
Neuordnung für unumgänglich notwendig. Es  
kommt vor allem darauf an, zum Zwecke der  
Sanierung der vom Zusammenbruch be-  
drohten Reichsfinanzen die Leistungsfähig-  
keit der seit Beginn des Krieges  
wiedererhaltenen Privatwirtschaft im notwen-  
digen Maße anzuspannen. Die Stilllegung der  
Rotenpresse, die als die Voraussetzung für jede  
Besetzung der Reichsfinanzen angesehen werden  
muß, kann nur erreicht werden, wenn bei der  
bedenklichen Steuerreform die Wirtschaft in  
den Dienst des Staates gestellt wird. Die Er-  
füllung der Wiedergutmachungsleistungen an den  
Verband muß es der Regierung zur Pflicht sein,

Wirtschaftlichkeit der Reichsbetriebe einer Nach-  
prüfung zu unterziehen. Unter unbedingter Ab-  
kehrung aller Versuche einer Überführung der  
Eisenbahn oder anderer Reichsbetriebe in Privat-  
besitz wird vorgeschlagen, die im Besitze des  
Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unterneh-  
mungen von ihrer heutigen bürokratischen Be-  
verwaltung zu befreien und durch Sozialisierung  
wirtschaftlich zu gestalten. Gegen die Ausbeutung  
der Reichseisenbahnen durch privatkapitalistische  
Lieferanten müssen im Eisenbahnengesetz Siche-  
rungen vorgesehen werden.“

Eine an den bisherigen Verhandlungen des  
Reichsverbandes der Industrie mit der Reichs-  
regierung hervorragend beteiligte Persönlichkeit  
hält es nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ für  
ausgeschlossen, daß die Industrie mit den Gewer-  
schaften auf der Basis dieser Forderungen ver-  
handeln könne. Die Hauptpunkte, über die Ver-  
handlungen in keiner Beziehung in Frage  
kommen, seien die Punkte 7 und 8. Innerhalb  
des Reichsverbandes sei man sich klar darüber  
gewesen, daß auf die Aktion der Industrie  
ein Gegenstoß erfolgen würde. Der Reichs-  
verband wüßte selbstverständlich in aller-  
erster Linie Verhandlungen mit den  
Gewerkschaften, aber Verhandlungen auf jählicher  
Grundlage. Diese hätten jedoch nur dann Aus-  
sicht auf Erfolg, wenn die Gewerkschaften, geleitet  
von dem Bestreben, nach einer Lösung zu suchen,  
an einer Besserung der wirtschaftlichen Verhält-  
nisse und an der Kreditation der Industrie ernst-  
lich mitzuwirken gewillt seien. Man dürfe die  
Forderungen der Gewerkschaften nicht überschätzen.  
Schon in aller Kürze werde es sich zeigen, ob  
die Gewerkschaften geneigt seien, den Weg mit  
suchen zu helfen, der uns am Zusammenbruch  
vorbeiführt.

Gestern wurde im Jirkus Ruck vom Deut-  
schen Reichseisenbahnverband eine Protestver-  
sammlung gegen den Plan einer Umwandlung  
der Reichseisenbahnen in einen privatwirtschaftlichen  
Betrieb veranstaltet. Nach einem längeren Referat  
des Vorstandes des Ortsverbandes Berlin nahm  
die Versammlung einstimmig eine Entschließung  
an, in der gegen die verlangte Auslieferung der  
deutschen Eisenbahnen an die Privatindustrie pro-  
testiert und erklärt wird, daß die Versammlung  
entschlossen seien, bei einer etwaigen Durchführung  
dieses Planes sofort mit dem Generalstreik zu  
antworten. Die Resolution fordert weiter die  
Entfaltung der Geld- und Sachwerte. Die Eisen-  
bahner vertieren in geschlossenen Demonstrationen  
das Versammlungsfeld.

Auch die Reichsarbeitsgemeinschaft des tech-  
nischen Beamtenverbandes erhebt in einer Er-  
klärung scharfen Einspruch gegen die Entstaat-  
lichung der Reichseisenbahnen.

(Fortsetzung Seite 2.)

## Fortdauer der Weltwirt- schafts Krise.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die Weltwirtschaftskrise, in der die Welt seit Be-  
ginnung des Krieges lebt, hält an, ohne daß  
die Mächte sich zu einer gründlichen Heilung der  
Krankheit zu entschließen vermöchten. An Vor-  
schlägen hierzu fehlt es nicht, wohl aber am  
entschlossenen Willen bei allen Mächten, und eine  
für sich allein oder etwa die Gruppe der be-  
siegten Staaten können erst recht keine Hilfe  
bringen. So hofft man denn, daß die Verhand-  
lungen in Washington, wenn sie auch nominell  
dem Abkräftungsproblem gelten, doch vielleicht zu  
einer Aussprache führen, die eine Verständigung  
zwischen allen Staaten vorbereiten hilft.

Der die Entwicklung der Weltwirtschaftskrise in  
den einzelnen Ländern verfolgt, kann sich nicht  
verhehlen, daß Deutschland am schwersten leidet  
und allmählich jenem Wege näher kommt, der  
es, wie Österreich, in den Abgrund führt. Den  
sichersten Maßstab bietet die Entwertung der  
Mark, die in den letzten Wochen einem Tiefstande  
zukehrt, dem gegenüber die Wasse zu Ende  
Januar 1920 geradezu als günstig anzusprechen  
ist. Automatisch stiegen die Lebenshaltungskosten,  
was nach den Kriegserfahrungen niemand wun-  
dern kann, denn Deutschland vermag für sich  
allein seine Bevölkerung weder zu ernähren, noch  
zu bekleiden und zu behausen. Die Preise für  
Getreide und Kartoffeln stiegen — zufolge dem  
Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes —  
von 2015 im September auf 2380 im Oktober,  
für Fleisch, Fische und Gette von 1943  
auf 2325, für Kolonialwaren gar von  
2317 auf 3099, und in ähnlichem Verhältnis  
stiegen die Preise für Textilien, Leder und Re-  
telle, soweit sie aus dem Auslande bezogen  
wurden. Da auch die Preise der im Inlande  
erzeugten Waren und Stoffe der Preissteigerung  
folgten, erhöhten sich die Lebenshaltungskosten  
im Oktober gegenüber dem September um  
7,9 Proz., und gegenüber dem Januar d. J.  
um 41,4 Proz., alle Zahlen gemäß der Reichs-  
statistik.

Daß in der abnehmenden Kaufkraft Deutsch-  
lands aber auch eine wirtschaftliche Gefahr für  
jene Länder heraufsteigt, die ihm bisher Roh-  
stoffe, Waren und Lebensmittel geliefert haben,  
erfahren vor allem die Vereinigten Staaten von  
Amerika als Hauptlieferant. Ihre Kaufkraft betrug  
nämlich im September bloß 325 Mill. Dollars,  
während sie im August 371 Mill. betragen hatte,  
und gerade die Rohstoffe lieferten einen beträch-  
lichen Rückgang auf; wurden im August noch  
für 105 Mill. Dollars Lebensmittel ausgeführt,  
so sank deren Ausfuhr im September auf 67  
Millionen, und dieser Rückgang wird im Oktober  
und November noch weit größer sein, soweit die  
Lieferungen für Mitteleuropa in Betracht  
kommen, weil dieses bei dem hohen Dollarkurse  
schließlich nichts mehr aus Amerika wird bezahlen  
können. Noch deutlicher tritt der Rückgang  
hervor, wenn die Ausfuhr in den ersten neun  
Monaten 1920 mit der in den gleichen Monaten  
1921 verglichen wird. An Getreide und Brot-  
stoffen wurden nämlich 1920 für 749 Mill. Doll.  
exportiert gegen 641 Mill. Doll. im Jahre 1921;  
und bei Fleisch und Vollerzeugnissen ist der  
Rückgang noch bedeutender, denn er beträgt  
129 Mill. Doll. Die Macht der Zahlen dürfte  
schließlich doch entscheidend sein und Politiker wie  
Wirtschaftler zur Besinnung bringen. Gerade in  
der Rohbaumwolle ist Deutschland auf Amerika  
in erster Linie angewiesen und war vor dem  
Kriege mit einer der besten Abnehmer. Die je-  
doch kurzzeit die Preise sehen, ist ein Kauf fast  
ausgeschlossen, denn das kilo Baumwolle, das im  
Juli 1914 in Deutschland 63 Pf. kostete, Anfang  
April 1921 auf 17 M. stieg, ist Ende Oktober  
auf 84 M. gestiegen und wurde am 4. November  
mit 104 M. notiert! Und entsprechende Preis-  
aufschläge — wenn auch nicht in gleicher Höhe  
— zeigen Wolle, Jute, Seide und die Fabrikate  
aus ihnen.

Deutschland kann weder als Käufer noch als  
Verkäufer auf dem Weltmarkt entbehrt, geschweige  
denn ausgeschlossen werden; dafür ist es als Kon-  
sumant wie Produzent zu bedeutend; bezog es  
doch im Jahre 1913 nicht weniger als für  
1,7 Milliarden Goldmark Waren aus den Rei-